

Berichte aus Stadt und Kanton Zürich



1. Hälfte September 2021

1. September

Über die Nutzung des Geländes des Flugplatzes Dübendorf wurde schon viel geschrieben. Verschiedene Interessengruppierungen stürzten sich auf das freiwerdende Gelände, das von der Armee nur noch in sehr beschränktem Ausmass benötigt wird. Planungen wurden bekräftigt und wieder verworfen, Gerichtsurteile haben Vorhaben verhindert. Nun scheint sich eine Lösung abzuzeichnen. Eine vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Abklärung gipfelte in einen «Synthesebericht», der vom Kanton vorgelegt wird und von Vertreter*innen dreier Bundesämter, der kantonalen Verwaltung sowie von Repräsentant*innen der Standortsgemeinden Dübendorf, Volketswil und Wangen-Brüttisellen mitgetragen werden. Vereinbart wurde eine Dreifachnutzung: Eine reduzierte, auf höchstens 20'000 Flüge pro Jahre beschränkte Businessfliegerei, eine stark reduzierte Nutzung als Militärflughafen und neu, als Pièce de Résistance, die Errichtung eines Innovationsparkes. Es sollen Arbeitsstellen für 10'000 Mitarbeitende in den Forschungszentren und dazu in naher Umgebung noch einmal 4000 Arbeitsplätze entstehen. Der Kanton macht sich daran, dem Projekt mit einer Änderung des Richtplanes den Weg zu ebnen und die nötige Finanzierung sicher zu stellen.

2. September

Eine erfreuliche Nachricht! Der Gemeinderat von Zürich hat dank seiner Links-Grünen Mehrheit einen Kredit von 3,2 Millionen Franken für Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Züri-City-Card genehmigt. Langsam kommt das Projekt voran.

3. September

Ursprünglich wurden die 13 Einfamilienhäuser am Aemmeliweg beim Autobahndreieck Zürich-Ost für Arbeitslose gebaut, die dank einem recht grossen Garten Selbstverpflegung praktizieren sollten. Das war in den 1930er-Jahre. Jetzt sollen sie neu renoviert wieder vermietet werden zum durchschnittlichen Nettomietzins von Fr. 1800.00 pro Monat, zuzüglich Nebenkosten von Fr. 300.00. Die Wohnfläche beträgt knapp 80 Quadratmeter, der Umschwung zwischen 700 und 1500 Quadratmeter.

6. Februar

Die Zurich Pride war ein Grosse Erfolg! Eine bunte Grossdemo für die Rechte der LGBTQ-Gemeinschaft. Über 20000 feiernde und fröhliche Menschen waren dabei. Ein direktes Zeichen für die Abstimmung über «Ehe für alle».

7. Februar

Das bisherige Veloförderprogramm war ein Flopp. Jetzt soll es eine Neuauflage bringen. Der Regierungsrat legt eine neues Förderprogramm auf und will dafür 12 Millionen Franken bereit stellen für die Beseitigung von Schwachstellen im Radwegnetz und zu dessen Erweiterung. Allerdings traut die Links-Grüne Mehrheit im Kantonsrat der Regierung nicht. Um Druck auf die zeitliche Realisierung der Projekte aufzubauen hat der Rat einen Zwischenhalt nach 5 Jahren eingebaut. Sind bis dann nicht wenigstens 4,8 Millionen Franken ausgegeben, soll der Kanton aus dem Kredit auch Projekte von Gemeinden oder Interessenverbänden finanzieren können. Dagegen wehrten sich die Bürgerlichen, verloren aber in der Abstimmung.

Über die zum Teil unhaltbaren Zustände im Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal wurde an dieser Stelle auch schon berichtet. Da keine Verbesserungen eingetreten sind, haben jetzt die Grü-

nen und die AL im Gemeinderat ein dringliches Postulat eingebracht, das verlangt, dass die Bedingungen im 2019 eröffneten Zentrum komplett neu geregelt werden. Die Stadt soll die Verträge mit dem Bund neu verhandeln, um eine menschenwürdige Unterbringung zu ermöglichen. Sollten sich die Verhältnisse nicht bessern, so soll das Zentrum geschlossen werden.

9. September

Der Stadtrat lehnt die Volksinitiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen» ab. Er verzichtet auch auf einen Gegenvorschlag auf die Initiative, denn für ihn ist die «Erwerbsarbeit das zentrale Element zur Existenzsicherung und Schaffung gesellschaftlichen Wohlstandes». So es denn genügend Arbeit gibt...

Der Stadtrat beantragt Nachtragskredite über 10 Millionen Franken, unter anderem zur Abgeltung höherer Leistungen durch die Spitex, aber auch für die Elektrizitätswerke (EWZ), damit mehr Fotovoltaikanlagen gebaut werden können.

Nach dem Nein zur Tunnellösung bei der Rosengartenstrasse beschliesst der Stadtrat jetzt Tempo 30 für diese wohl lauteste Strasse der Stadt. Gemäss einer Studie verlängert sich damit eine Fahrt vom Irchelpark über den Bucheggplatz zur Hardbrücke um 28 Sekunden. Damit sei der Eingriff kein Kapazitätsabbau und somit nicht im Widerspruch zum «Anti-Stau-Artikel», der 2017 per Volksentscheid in die Kantonsverfassung geschrieben wurde, meint die Stadt. Der Kanton sieht dies natürlich anders. Ein Fall für die Gerichte...

10. September

Die Kantonale Schule für Erwachsenenbildung sollte gemäss neoliberaler Logik privatisiert werden. Dies führte fürs Erste zur Entlassung vieler Lehrkräfte. Jetzt hat sich die Schule neu positioniert und bedient einen Nischenbereich, der kaum private Anbieter kennt, der da heisst: «berufliche Zukunft», «Grundkompetenzen», «digitales Lernen» und «Berufsbildungspofils» Auf eine Privatisierung soll jetzt verzichtet werden.

11. September

FDP, SVP und Jungfreisinnige haben das Referendum gegen den Rahmenkredit in der Höhe von 3,2 Millionen Franken zur Einführung der «Züri City-Card» ergriffen. Bleibt zu hoffen, dass diese Verhinderer an der Urne scheitern.

13. September

An der Cannabis Business Expo haben sich übers Wochenende jene Kreise getroffen, die von einer erwarteten, weiteren Liberalisierung profitieren wollen. Sie riechen jetzt schon das grosse Geschäft. Ein Ticket für die Messe kostet Fr. 250.00. Die Messe ist ausverkauft!

14. September

Im Kantonsrat wird das Bürgerrechtsgesetz diskutiert, das nötig wurde, da der Bund vor bald 4 Jahren eine Revision auf Bundesebene beschlossen hatte. Die linken Parteien wollten die Einbürgerung tendenziell erleichtern, die Bürgerlichen, und vorab die SVP, möglichst stark erschweren. Es ging um Aufenthaltsdauer in einer Gemeinde, um Sozialhilfebezüge und auf straffällig gewordenen Bewerber sowie um Gebühren. Der Rat folgte im Wesentlichen dem Regierungsrat, was der Vorlage prompt ein Referendum seitens der SVP einbringen wird.

Eine Fachgruppe hat eine eindringliche Empfehlung zur Einführung von Anlaufstellen für Opfer sexueller Gewalt erlassen. Gestützt darauf haben 7 Kantonsrätinnen aus sieben Parteien von links bis

rechts eine Motion eingereicht, die eine solche Einführung fordert. Die Regierung war bisher aus pekuniären Gründen dagegen. Mit Ausnahme der SVP haben alle Parteien den Vorstoss unterstützt.

15. September

Unter dem Namen «Züri Can» (Cannabis) will die Stadt zusammen mit Mitarbeitenden der Psychiatrischen Universitätsklinik und eines Apothekennetzes eine grosse Studie über die Realitäten jener rund 14000 Personen in dieser Stadt, die regelmässig, also mindestens einmal pro Monat Cannabis konsumieren. Ziel ist eine den Realitäten angepasste Gesetzgebung und eine regelmässige Prävention.